

18.03.2022

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

zu dem Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
- Drucksache 17/4115 -

2. Lesung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen

Berichtersteller:

Abgeordneter Hans-Willi Körfges

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drucksache 17/4115 - wird abgelehnt

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD „Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen“ (Drucksache 17/4115) wurde am 14. November 2018 vom Plenum an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zur Beratung überwiesen. Die Mitberatung obliegt dem Haushalts- und Finanzausschuss und dem Verkehrsausschuss.

Die Fraktion der SPD beschreibt in ihren Gesetzentwurf einleitend die Problematik wie folgt:

„Wenn eine kommunale Straße erneuert oder verbessert wird, beteiligt die jeweilige Gemeinde nach § 8 Abs. 1 und 2 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) die Grundstückseigentümer an den dabei entstehenden Kosten. Grundlage für die Berechnung des Beitrags sind die Grundstücksgröße, die Nutzung des Grundstücks und die Art der Straße. Für Anliegerstraßen ist in diesem Zusammenhang der Anteil für die Beitragspflichtigen grundsätzlich höher als für Hauptverkehrsstraßen. Im letzteren Fall ist nämlich eine höhere Nutzung durch die Allgemeinheit gegeben als bei reinen Anliegerstraßen. Insgesamt gehen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sehr unterschiedlich mit den Straßenausbaukosten um und legen diese per Satzung fest. Einige legen 50 % der Kosten auf die Anlieger um, andere sogar 80 %.“

Um dem entgegenzuwirken, regt die Fraktion an, künftig auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen von den Grundstückseigentümern zu verzichten und den kreisfreien Städte und kreisangehörigen Städte und Gemeinden als Kompensation für den Wegfall Zuweisungen aus originären Landesmitteln zukommen zu lassen.

B Beratung

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich mit dem Gesetzentwurf seiner Sitzung am 23. November 2018 beschäftigt und sich bei dieser Gelegenheit auf eine Anhörung von Sachverständigen verständigt.

Daher wurden am 7. Juni 2019 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem mitberatenden Verkehrsausschuss folgende Experten gehört:

eingeladen	Stellungnahme
Helmut Dedy Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	17/1085 17/1559
Dr. Bernd-Jürgen Schneider Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Henning Gronau Gemeinde Erndtebrück Erndtebrück	17/1576
Dr. Gerd Thielmann Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz e.V. Mainz	17/1562
Prof. Dr. Gisela Färber Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwirtschaft Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer Speyer	17/1578
Bernd Essler Verein für Kommunalpolitik e.V. Düren	17/1509
Ulrich Francken Stadt Weeze Weeze	17/1577
Lydia Schumacher Bürger-Initiative „Schöne Straßen an leeren Häusern – nein danke!“ Schleiden-Gemünd	17/1558

(vgl. Ausschussprotokoll 17/662).

Zudem lagen zur Anhörungen weitere Stellungnahmen vor:

WEITERE STELLUNGNAHME	
Irmgard M. Alteköster für „KAG-Initiative Sundern, Sundern	17/1501 17/1584
Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V. Düsseldorf	17/1546

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich in seiner Sitzung am 6. Juni 2019 abschließend mit dem Gesetzentwurf beschäftigt und sich bei der Gelegenheit darauf verständigt, den Gesetzentwurf ohne ein Votum an den federführenden Ausschuss zurückgeben zu wollen.

Der Verkehrsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 3. Juli 2019 letztmalig beraten. Der mitberatende Ausschuss verständigte sich dabei ebenfalls auf eine Rückgabe des Gesetzentwurfs an den federführenden Ausschuss ohne eine Votenabgabe.

C Abstimmung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD wurde im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 18. März 2022 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der AfD abgelehnt.

Hans-Willi Körfges
- Vorsitzender -